

// PRESSEINFORMATION //

GEW Presseerklärung zum Schuljahresbeginn 2018/19

Mehr Lehrkräfte ausbilden und einstellen - Arbeitsbedingungen in den Schulen dringend verbessern

Die meisten rheinland-pfälzischen Schulen können zum Beginn des Schuljahres 2018/19 damit rechnen, dass die zur Verfügung stehenden, aber nicht hinreichenden Planstellen durch ausgebildete Lehrkräfte besetzt werden können. Dies ist aufgrund des deutschlandweiten dramatischen Lehrkräftemangels zunächst eine gute Nachricht. Doch es ist klar erkennbar: Der Fachkräftemangel ist auch in Rheinland-Pfalz angekommen. Es gab noch nie so wenig ausgebildete Lehrkräfte im Bewerberinnen- und Bewerberportal des Landes wie zu diesem Schuljahr. Und diese Tendenz wird sich weiter fortsetzen. „Von einer Entwarnung ist jedoch nicht zu sprechen, zumal auch die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter an den Studienseminaren stagnieren und längst nicht alle Plätze im Vorbereitungsdienst besetzt werden können“, so der Landesvorsitzende der GEW Rheinland-Pfalz Klaus-Peter Hammer.

Dramatisch ist jedoch die Situation an den Förderschulen und Schwerpunktschulen. „Es wird wiederum nicht gelingen, alle Planstellen an den Förder- sowie Schwerpunktschulen mit ausgebildeten Lehrkräften zu besetzen“, so der Landesvorsitzende der GEW Rheinland-Pfalz. „Die pädagogische Arbeit an diesen Schulen kann nicht im erforderlichen Umfang geleistet werden und die Kolleginnen und Kollegen werden immer stärker belastet.“

An den Berufsbildenden Schulen ist die Lage nach wie vor sehr angespannt, es droht weiter ein hohes strukturelles Defizit. Jedoch sind für junge Kolleginnen und Kollegen mit dem Lehramt Realschule plus oder Gymnasium die Einstellungsperspektiven nicht besonders gut.

Für die notwendigen Vertretungsverträge stehen kaum mehr ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung. Dies betrifft insbesondere Grund- und Förderschulen. Hier muss ein großer Teil des Unterrichts von Lehrkräften abgedeckt werden, die nicht dafür ausgebildet sind bzw. noch gar nicht ausgebildet wurden.

„Die nicht für das Lehramt ausgebildeten Vertretungslehrkräfte sind oft sehr motiviert und engagiert. Jedoch brauchen sie, damit sie in der Praxis klarkommen können, dringend die Unterstützung von den ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen an den Schulen. Durch die zunehmende Arbeitsverdichtung und die zu hohe Unterrichtsbelastung, insbesondere an den Grundschulen, gibt es kaum Freiräume, die

benötigten Hilfen geben zu können. „Leider ist die Landesregierung bisher nicht bereit, dazu die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen“, bemängelt der GEW Vorsitzende.

Die GEW kritisiert scharf, dass Vertretungsverträge in der Grundschule nicht als einschlägige Berufserfahrung für die Tätigkeit in einer weiterführenden Schule anerkannt werden. „Aus Sicht der ADD“, so Hammer, „handelt es sich um eine unterwertige Tätigkeit. Auch dies verstärkt den Trend, dass sich immer mehr Abiturienten und Abiturientinnen gegen ein Grundschullehramtsstudium entscheiden. Die Abwertung des Grundschullehramtes muss endlich beendet werden, auch durch gleichwertige Bezahlung.“

Insgesamt wird sich die Belastungssituation an den Schulen durch das Fehlen ausgebildeter Lehrkräfte zusätzlich verschärfen. Daher fordert der GEW-Landesvorsitzende Klaus-Peter Hammer von der Landespolitik: „Es muss dringend ein Umdenken stattfinden: Neben mehr Planstellen und Ausbildungsplätzen ist durch Senkung der Unterrichtsverpflichtungen die Lehrkräftearbeitszeit an die für die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten geltende 40-Stunden-Woche anzupassen, ein präventives Gesundheitsmanagement in den Schulen und Studienseminaren zu etablieren und die Lehrkräfte sind nach den Regeln des höheren Dienstes zu bezahlen. Deshalb ‚Bildung. Weiter denken‘ - Für gesunde Arbeit in einer guten Schule.“

Mainz, 2. August 2018